

Neue Westfälische vom 14. November 2015

125 Jahre: SPD-Jubiläum ohne Feier

Geschichte: Gründungsversammlung der sozialdemokratischen Partei nach dem Sozialistengesetz am 15. November 1890



Selbstbewusst: Gruppenbild beim gemeinsamen Treffen am 1. Mai 1905. 15 Jahre nach dem Ende des Sozialistengesetzes sind die Sozialdemokraten eine stetig wachsende Kraft in der Bielefelder Kommunalpolitik. Die Getränke, die der Kellner rechts serviert, werden aber nicht für alle gereicht haben. FOTOS: Stadtarchiv / Repro: Andreas Frücht

Mitte. Die SPD hat eine lange Geschichte. Da kann es schon mal vorkommen, dass Ereignisse vergessen werden. Ungewöhnlich ist es allerdings, wenn ausgerechnet einer der Entstehungstermine nahezu keine Beachtung mehr findet. Am 15. November jährt sich zum 125. Mal die offizielle Gründungsversammlung der Bielefelder SPD nach dem "Sozialistengesetz". In der Partei wird an diesem Wochenende weder gedacht noch gefeiert. Das soll später nachgeholt werden, heißt es. Doch selbst auf der Internetseite fehlt jeglicher Hinweis auf die eigene Geschichte.

Sozialdemokrat zu sein war bis weit ins 20. Jahrhundert nicht nur ein politisches Bekenntnis. Es war ein Lebensgefühl. Es gab eine

sozialdemokratische Wohlfühlgemeinschaft mit Sozialfürsorge, Rettungsdienst und Gewerkschaften, mit Wohn- und Einkaufsgenossenschaften, mit Sport- und Gesangsvereinen, Wander- und Lesegruppen, ja sogar Raucherclubs.

Viele der Gründungen gibt es weiterhin, doch die Verbundenheit zur Partei wird nicht mehr gepflegt. Die gemeinsamen Wurzeln sind nur noch Geschichte. Dabei war es gerade diese Verbundenheit, die es den Sozialdemokraten ermöglicht hat, die Unterdrückung im Kaiserreich und auch während der Nazi-Diktatur zu überstehen.

Mindestens vier Mal werden die SPD, beziehungsweise ihre Vorgänger verboten. Fünf Mal finden die Unterdrückten die Kraft, die Organisation neu entstehen zu lassen. Jedes Verbot macht die Partei letztlich erfolgreicher. Als ihr offizielles Gründungsdatum in Bielefeld sieht sie den 13. Juli 1868. Da gibt es eine Versammlung mit Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Dieser ADAV wird am 16. September 1868 von der Polizei aufgelöst. Am 10. Oktober 1868 wird er erneut gegründet. Als der Arbeiterverein 1874 wieder verboten wird, gibt es auch in Bielefeld Hausdurchsuchungen.

Die Bielefelder Genossen sind ihrer Zeit voraus

Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld.

Sonnabend, 15. November, abends 8^{1/2} Uhr
Erste ordentliche
Mitglieder-Versammlung
in der Central-Halle.

Tagesordnung:

1. Aufnahme von Mitgliedern und Ausgabe der Statuten.
2. Wahl des definitiven Vorstandes.
3. Regelung der Vorkauffrage und der Mitgliederversammlungen.
4. Verschiedenes.

**Die Mitgliederanfragen finden, um den Zu-
drang zu bewältigen, schon von 7^{1/2} Uhr an statt.**

Der provisorische Vorstand.

Anonyme Anzeige in der "Volkswacht": "Der provisorische Vorstand" lädt zur ersten Mitglieder-Versammlung ein.

Der Zigarrenmacher Heinrich Heitbrink ist erster Bevollmächtigter des ADAV in Bielefeld. Der Schneidermeister Julius Zwiener ist mehrfach erfolgloser Kandidat für die Partei bei den Reichstagswahlen und Vertreter beim Sozialistenkongress 1889 in Paris, als dessen Ergebnis der 1. Mai zum internationalen Tag der Arbeit erklärt wird. An beide gibt es keine Erinnerungen im Stadtbild.

In Bielefeld trifft sich am 7. September 1869 auch eine Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die mit dem ADAV konkurriert. Erster Vorsitzender ist nach seinem Wechsel Heinrich Heitbrink.

Der Bielefelder Wilhelm Bohle scheitert 1874 beim Parteitag des ADAV in Hannover mit seinem Antrag für einen Zusammenschluss mit der SDAP. Die Bielefelder sind ihrer Zeit voraus. Sie gründen einen gemeinsamen sozialdemokratischen Wahlverein, bevor 1875 in Gotha die Fusion beider Parteien dann doch noch beschlossen wird.

"Dass die SPD zur stärksten Partei im Kaiserreich wurde, lag an den Arbeitsverhältnissen in den Fabriken und an der gleichartig erlittenen Lebenssituation", schreibt Reinhard Vogelsang, der frühere Leiter des Stadtarchivs in seine "Geschichte der Stadt Bielefeld". Daran ändert auch das am 18. Oktober 1878 vom Reichstag beschlossene "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" nichts, kurz das "Sozialistengesetz".

Es verbietet die Parteiorganisation, lässt Sozialdemokraten aber als Einzelpersonen bei Wahlen antreten. Aus Polizeiakten, später verfassten Lebenserinnerungen und Zeitungsanzeigen ist bekannt, dass es in Bielefeld weiterhin umfangreiche, nun konspirative Verbindungen der Sozialdemokraten gibt.

Man trifft sich in Berufsgruppen, wird dort aber sogleich von der Obrigkeit kontrolliert. Besonders beliebt ist der gemeinsame Gesang. "In der Zeit des Sozialistengesetzes entstehen mindestens 45 Arbeitergesangvereine in Bielefeld und in der näheren Umgebung. Sie halten Stiftungsfeste und Tanzkränzchen ab", hat der Historiker Joachim Wibbing festgestellt.



Einigkeit macht stark: Selbstbewusst marschieren die SPD-Parteimitglieder durch Bielefeld. Hier ein Foto vom Internationalen Jugendtag der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), den es 1921 in Bielefeld gab.

Die Sozialdemokraten fordern weiterhin ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, das heißt das Recht, sich frei in Gewerkschaften zu organisieren, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, das Verbot der Kinder- und Sonntagsarbeit.

Sie setzen sich ein für bessere Wohn- und Arbeitsverhältnisse der ärmeren Bevölkerungsgruppen. Dafür nehmen einige Haftstrafen und Verbannung aus ihren Heimatorten in Kauf.

Die absehbare Aufhebung des Sozialistengesetzes zum 30. September 1890 wird dann bereits am 6. Juli mit einem großen Sommerfest gefeiert. Veranstalter ist der "Allgemeine Arbeiter-Verein für Bielefeld und Umgebung", der sich bei seiner Gründung am 1. Oktober 1887 zunächst "Handwerker-Verein" nennt - eine Tarnorganisation. Er löst sich im November 1890 auf. Sein Vermögen geht an die SPD.

Beworben wird das Fest in der Volkswacht, die als sozialdemokratische Zeitung am 1. Juli 1890 erstmals erscheint. In Schildesche, Gadderbaum und Brackwede werden im gleichen Jahr noch Ortsvereine gegründet. Der

mit Abstand größte aber taucht in der heutigen Kernstadt aus dem Untergrund auf.

Doch die Genossen trauen der Obrigkeit weiterhin nicht. Als Redner werden vor allem Gustav Slomke und Emil Groth genannt. Slomke ist erster Verleger der Volkswacht, ein Tischler, der während eines Streiks 1887 aus Hamburg verwiesen worden war. Er wird Vorsitzender des Bielefelder Gewerkschaftsbundes. Groth ist erster Redakteur der Volkswacht und wird zum ersten Vorsitzenden der SPD nach dem Sozialistengesetz gewählt. Den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands führt sie ab 1891.



Gustav Slomke: Erster Verleger der "Volkswacht".
FOTO: Stadtarchiv
Repro: Andreas Frücht

Viele Einladungen werden weiterhin anonym mit "Der Vorstand" oder "Der Einberufer" unterzeichnet. Immer wieder müssen sie ihre Versammlungslokale wechseln. Die Amtmänner überwachen die Treffen bis zum Ersten Weltkrieg.

50 Prozent der Stimmen, aber nur ein Drittel der Mandate

Mit dem Drei-Klassen-Wahlrecht in Preußen, das das Gewicht der Wählerstimme mit dem Steueraufkommen verbindet, werden die Sozialdemokraten weiterhin benachteiligt. Dennoch kommen 1898 die ersten SPD-Mitglieder in die Stadtverordnetenversammlung.

Sie erreichen bald mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen, bekommen aber bis zum Ende des Kaiserreichs nie mehr als ein Drittel der Sitze. Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es mit Artur Ladebeck den ersten sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Da hatte die Partei sich nach der Nazi-Diktatur gerade wieder neu gegründet - am 26. Oktober 1945 mit einer

Feier in der Oetkerhalle. Und am 15. November 1950 gab es dann dort eine Feierstunde unter dem Motto "60 Jahre Kampf für Freiheit und Recht"

2.700 Mitglieder

Zur Gebietsreform 1973, also der Bildung der Stadt in ihren heutigen Grenzen, gehörten der SPD in Bielefeld annähernd 8.000 Mitglieder an. Die Partei gliederte sich in 55 Ortsvereine.

Gegenwärtig gibt es rund 2.700 Mitglieder in der Bielefelder SPD, die in 35 Ortsvereinen organisiert sind.

Seit 2007 arbeitet die örtliche Parteigeschäftsführung gemeinsam für die Unterbezirke Gütersloh und Bielefeld.

VON ARNO LEY

© Neue Westfälische